

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden,
Raben & Comp., Nr. 1203.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Autohauptmannschaften Dresden-Mitte und Dresden-Alte

Kontoführer:
Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Bringenlohn monatlich 4000,- M., durch die Post bezogen monatlich 4000,- M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 1250,- M., Einzelnummer 150,- M., Sonnabendnummer 200,- M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25281.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25281.
Verkaufszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die gespaltene Nonpareilzeile 800,- M., auswärts 875,- M., die gespaltene Restzeile 1200,- M., auswärts 1500,- M., Ausland 2400 u. 7600 M. Bei mehrmaliger Auflage Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietangebote 40 Proz. Rabatt. Für Briefwerbung, 150 M.

Nr. 50

Dresden, Mittwoch den 28. Februar 1923

34. Jahrg.

Der Dolchstoß aus Bayern

Es scheint ein starkes menschliches Bedürfnis zu sein, unheimliche Dinge nicht sehen zu wollen, harte Tatsachen in den Nebel vager Illusionen zu hüllen. Trübt diese Liebe zur Unklarheit in der Politik eines Landes stark hervor, so ist immer Unheil in der Nähe. Ein Teil der bürgerlichen Presse ist gegenwärtig frampfhast bemüht, sich und andern den Dünst eines nationalistischen Einheitsgeistes voranzubringen, der nicht besteht. Wir lesen da, daß die französische Gewaltpolitik das deutsche Volk zu schöner Einmütigkeit zusammengeführt, daß es sich endlich im Einheitswillen zum Schutze seines Selbstbestimmungsrechtes zusammengefunden habe, und wie all die schönen Phrasen lauten. Aber sie stimmen ganz und gar nicht. Im Gegenteil: durch die Besetzung des Ruhrreviers wurde der politische Wirwar in Deutschland erheblich vermehrt und verschärft.

Da sind die einen, die der französischen Interventionarmee eine blutige sibilianische Welpe bereiten möchten. Da sind Generäle vom reaktionären Schlage des Herrn von Fritsch, die vor solchen Verdächtigungen warnen, mit militärischen Theorien die Sinnlosigkeit solcher Pläne nachweisen, aber nichtsdestoweniger gute Beziehungen zu den faschistischen Desperados unterhalten. Da sind jene Kreise, die aus Angst vor weiteren feindlichen Einmärschen, vor militärischen Uebergriffen wieder auf die Beine bringen möchten, bei welchem Bemühen sie von all denen unterstützt werden, die in einer neuen Drohschrei die Ermächtigung für Rache gegen die Verfassung erheben. Da ist das Geschwätz der faschistischen Gruppen, die die Wölfe auf den Augenblick warten, wo sie der Republik an die Kehle bringen können. Die Entwicklung des Geheimgewaltens hat erwiesen, daß die Regierung Cuno all diesen Erscheinungen erheblich lethargischer und energieloser gegenübersteht als die vorherige Regierung Wirth. Herr Schuler hat gestern im Reichstag zu stehen müssen: er habe nicht behauptet, daß keine Verbindungen zwischen Reichswehr und Geheimorganisationen beständen. Vor einiger Zeit mußten die Oberpräsidenten der preussischen Provinzen zusammengetrommelt und mußte ihnen eingeschärft werden, daß es ein Verbrechen sei, die Republik zu gefährden, so die Behörden zu scharfer Anwendung der Gesetze gegen illegale Organisationen verpflichtet!

Wie dies beweist, daß die Zentralgewalt des Reiches im Laufe der letzten Zeit an Autorität nicht gewonnen, sondern zweifelslos verloren hat. Darüber können auch all die schönen Erklärungen bürgerlicher Verbände und Parteien, daß sie treu zur Regierung Cuno stehen, nicht hinwegtäuschen. Was da gegen die Republik, die Demokratie, die Verfassung intrigiert, das sieht in der Regierung Cuno nichts weiter als eine Altklappe, die zur Verschleierung konterrevolutionärer Absichten dient. Wir wollen damit nicht sagen, daß Reichsfanzler Cuno ein Verfassungsgegner ist. Wir halten ihn auch für zu vernünftig, als daß er glauben könnte, irgendeine Rechtsputzerei, irgendwelcher Streich gegen die Verfassung könnte Deutschland gesund machen. Wir glauben ihm ohne weiteres, daß er vom Gegenteil überzeugt ist. Aber all dies ändert nichts daran, daß die reaktionären Mächte mit ihm und seinem Kabinett erheblich leichter fertig zu werden glauben, als mit der früheren linksgerichteten Regierung, in der die Sozialdemokratie saß.

Wiederum ein wichtiges Symptom dieser Auffassung ist eine Rede, die der Führer der Bayerischen Volkspartei, Abgeordneter Held, auf einer Kreisversammlung für Oberbayern hielt. Auch er setzte sich für eine neue Orgesch ein, denn „das deutsche Volk müsse sich unbedingt eine Wehrmacht schaffen, um im Notfall die Heimat verteidigen zu können“. Was hinter dieser Ansicht in der Hauptsache steht, wird klarer, wenn wir einen weiteren Teil dieser Rede abdrucken:

Wir sind stolz darauf, zur Zeit eine Reichsregierung zu besitzen, die nicht dulden würde, daß Deutschland ein zweites Mal durch die Schuld sozialdemokratischer Führer zur Kapitulation gebracht werde. Die Reichsregierung muß mit aller Macht von Bayern aus unterstützt werden. Wenn im Norden Deutschlands sich die Dinge so entwickeln sollten, daß der bürgerlichen Regierung Cuno das Verbleiben unmöglich gemacht würde, und wenn an die Stelle des jetzigen Staatskabinetts ein Kabinett nach den Wünschen Reichswehrs treten sollte, dann läme der entscheidende Augenblick für die bayerische Politik.

Bayern könne mit einer Linkregierung, die eine Außenpolitik im Sinne der Sozialdemokraten treibe, keine gemeinsame Politik machen. Damit sei nicht gesagt, daß es das Ende des Reiches und der deutschen Einheit bedeuten müsse. Süd-Deutschland müßte dann im Gegenteil die Basis für ein neues Deutschland bilden. Eine Außenpolitik lehne der Wodner ab. Man brauche eine Politik der Autorität des Staates.

Cosern Worte einen Sinn haben sollen, so bedeutet dieser Wortkram: wenn die Regierung Cuno abtritt, ist der Zeitpunkt gekommen, da Bayern nach mehr auf die Verfassung beschränkt als bisher! Dieser Führer der Bayerischen Volkspartei beschränkt sich darüber, daß „ein Teil der sozialdemokratischen Führer den Wehrkampf im Ruhrrevier schwächt und im nichtbesetzten Deutschland bereits wieder flau zu machen beginnt“. Es zeigt sich auch an diesem Gerede, wie dreist manche bürgerliche Politiker über Dinge falbern, von denen sie keine Ahnung haben. Ja, die Arbeiter, wenn's nach dem Sinne, würde der Kampf gegen die Franzosen im Ruhrrevier ganz anders geführt, aber die Führer! — so tößt die reaktionäre Presse immer mal wieder ins Horn. Wer die Arbeiterbewegung kennt, der weiß, daß es nahezu umgekehrt liegt,

daß in manchen Gegenden die Führer der Arbeiterbewegung immer wieder klar machen müssen, um welche wichtige Gegenstände der Wehrkampf an der Ruhr geht. Denn ein großer Teil der Arbeiterbewegung hegt den nicht unbegründeten Verdacht, daß ganze Gebiete gegen den französischen Imperialismus nur als eine Gelegenheit betrachtet wird, die Arbeiterbewegung zu zerlegen und gewisse Errungenschaften der Revolution zu verkümmern. Neben wie die des Führers der Bayerischen Volkspartei, sind geeignet, diesen Verdacht zu bestärken. Wir wissen recht gut, daß unsre Gegner auf den Augenblick warten, da die Sozialdemokratie etwa der Regierung Cuno ihre Unterstützung versagt. Wie bequem wäre es für die deutsche Reaktion, wenn sie eines Tages genügend Material hätte, um zu triumphieren: „Die Sozialdemokratie hat der deutschen Front im Ruhrrevier den Dolch in den Rücken gestochen! Weg mit dieser Sozialdemokratie, die uns an den Erbscheid verrott!“

Aber wozu noch auf den Dolchstoß warten? Er ist längst da. Von den Bucherern und Warenwertvererern abgesehen, wird er jeden Tag verübt von falschlichen Horden, die, wie jüngst Hitler wieder in München, den „Kampf gegen den Marxismus“ als Gebot der Stunde auszurufen. Und wenn der Wehrkampf im Ruhrrevier durch reaktionäre Dolchstöße gebrochen werden könnte, dann müßte dieser Widerstand der Arbeiterbewegung unter einem solchen Mordstoß, wie ihn Abgeordnetenredner von Bayern her ausstieß, hoffnungslos zusammenbrechen. Denn Gelds Rede ist doch verrät! Er kündigt den Verfassungsbruch vorläufig an für den Fall, daß eine der bayerischen Reaktionen nicht genehme Reichsregierung erwartet. Er kann also an Ort und Stelle Gelegenheit nehmen, das von Geld in einem Atemzug mit der Verkündung der Zertrümmerung des Reiches gesungene Loblied zurückzuweisen.

Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung jedoch wird sich in ihrer Haltung gegen den französischen Militarismus auch durch die hochverräterischen Reden nicht beirren lassen. Sie kämpft ja nicht der schönen Augen irgendwelcher nationalistischer Dolchstößer wegen, sondern es geht ihr um die Unabhängigkeit, um die Einheit der Republik. Die deutsche Arbeiterbewegung ist inmitten des politischen Wirwar, der

die politische Atmosphäre Deutschlands immer undurchsichtiger macht, die gewaltigste, ja vielleicht sogar die einzige Kraft, an der die inneren wie äußeren Feinde der Republik abprallen. Man denke sich die straffen Organisationen der sozialdemokratischen Arbeiter aus der deutschen Gegenwart hinweg — und vor der Phantastie stiege ein Deutschland empor, das vom Bürgerkrieg in alle Bestandteile zerrissen würde!

Wo bleibt der Opferwille des Besitzes?

Die ungeheuerliche Steuerscheu der besitzenden Kreise, die in den Verhandlungen des Steuerausschusses die Verschlechterung der Vorlage der Regierung herbeigeführt hat, ruft jetzt auch den Widerstand der christlichen Gewerkschaften hervor. Unter der Überschrift: Wo bleibt der Opferwille des Besitzes? schreibt Der Deutsche, das Organ des deutschen Gewerkschaftsbundes:

„Alle Steuerbeiträge, die mit oder ohne Inanspruchnahme gesetzlicher Möglichkeiten nur irgendwie zurückgehalten werden können, sind zurückgehalten bis zur Zeit des tiefsten Standes der Markt, Einkommensteuer, Umsatzsteuer, Kohlensteuer, um nur einiges zu nennen, deren Auskommen sich normalerweise auf den Tag hätte vollziehen müssen, sind in gewaltigen Summen erst im Januar, zur Zeit des tiefsten Standes unserer Markt, gestahlt. Das bedeutet die verhältnismäßige Wertlosigkeit der Summen und einen teilweisen vom Gesetz selbst sanktionierten Vortrug auf der einen, unerschütterliche Rücklagen zugunsten der Steuerhinterzieher auf der anderen Seite. Wir wiederholen, was wir oft mit allem Nachdruck gesagt haben, daß wir die Lohnsteuer als schlechthin unerträglich ansehen, wenn nicht mit diesem ungeheuerlichen Mißbrauch endlich mit aller Entschiedenheit aufgeräumt wird. Das Gesetz über die Anpassung der Steuern an die Geldentwertung bietet die letzte Möglichkeit dazu.“

Der Artikel schließt mit folgender Warnung: „Wir warnen gewisse Kreise in letzter Stunde vor den Folgen ihrer Unnachgiebigkeit. Mit der steuerlichen Ungerechtigkeit der vergangenen Jahre muß und wird aufgeräumt werden. Darauf möge man sich verlassen. Diejenigen, die den Weg dazu verbarrikadieren, um sich im Augenblick der Zahlung einiger Hundert Goldmark zu entziehen, sie laden nicht nur eine ungeheure Verantwortung auf sich. Es wird eines Tages für sie die Stunde bitterer Reue kommen!“

Wir wollen hoffen, daß die parlamentarischen Vertreter der christlichen Gewerkschaften diesen Worten auch die Taten folgen lassen und sich nicht mit Rugehändnissen abgeben lassen werden, die an dem Steuerrecht der letzten Jahre nichts Wesentliches ändern.

Die Antwort der Kommunisten

Die Landtagsfraktion der K. P. D. erhielt folgendes Schreiben:

Werte Genossen!

Zu eurem Schreiben vom 22. Februar d. J. müssen wir mit größtem Bedauern feststellen, daß die in diesem Schreiben enthaltenen Richtlinien, die von der sozialdemokratischen Mitgliedschaft gebildeten Konzeptionen nach links in keiner Weise erkennen lassen. Diese Richtlinien bleiben sogar weit hinter den Vorschlägen der K. P. D. vom 28. November 1922 anlässlich unserer damaligen Verhandlungen zurück.

Die Landtagsfraktion der K. P. D. hat die gleichen Richtlinien den Demokraten übermittelt. Auch dieser Umstand beweist, daß die K. P. D.-Fraktion bei der Aufstellung der Richtlinien eine Waise zur Verteidigung mit den Bürgerlichen schaffen wollte. Es wird auch ohne weiteres einleuchten, daß Richtlinien, die die Basis für eine Verständigung mit den bürgerlichen Parteien abgeben sollen, keine Grundlage bilden können zur Verständigung mit den Kommunisten.

Die kommunistische Partei ist nach wie vor bereit zu einer Verständigung mit der K. P. D., um das Zustandekommen einer Arbeiterregierung in Sachsen zu ermöglichen.

Eure Richtlinien vom 22. Februar sind als politische Basis für eine Arbeiterregierung unannehmbar. Wir unterstützen euch deshalb die in eurem Schreiben vom 22. Februar gewünschten Gegenwortschläge:

Das proletarische Arbeitsprogramm für die Landarbeiterregierung in Sachsen

Die sächsische Arbeiterregierung ist verpflichtet, sofort folgende Maßnahmen durchzuführen, und wo die Zuständigkeit des Reiches gegeben ist, ihre Durchführung zu erwirken:

- Zum Schutze der Arbeiterregierung
- Endgültige entschädigungslose Beschlagnahme des gesamten in Sachsen befindlichen Vermögens des ehemaligen königlichen Hauses und aller seiner Mitglieder.
 - Bildung von Arbeiterwehren, Ausbildung und Bewaffnung durch die Organe der Arbeiterregierung unter Kontrolle der Betriebsräte; Besetzung der Polizei und ihrer Verwaltung durch sozialdemokratisch organisierte Arbeiter und Bauern.
 - Verbot jeder monarchistischen und antirepublikanischen Agitation in Wort, Bild und Schrift besonders auch in den Schulen und Kirchen. Alle monarchistischen und antirepublikanischen Verbindungen, die trotz erfolgter früherer Verbote unter den verschiedensten Decknamen weiter bestehen, sind unzulässig zu machen. In der Justiz, Polizei und Verwaltung sind alle Beamten zu entfernen, die nicht vorbehaltlos die Arbeiterregierung unterstützen.

a) Bildung einer sächsischen Kammer beim Staatsgerichtshof, deren Präsidenten von der Arbeiterregierung aus den Reihen der freigewerkschaftlichen revolutionären Betriebsräte ernannt werden.

Zur Gemeindereform

Einlaunersystem und kurzfristige Bürgermeisterwahl.

Kommuniste

Sofortiger Erlass einer allgemeinen Amnestie für politische Verbrechen unter Ausschluß der Konterrevolutionären sowie aus Not begangener Verbrechen und Verbrechen und solcher gegen die §§ 218 und 219 des StGB.

Arbeiterregierung und Betriebsräte

Die Betriebsräte, die Klassenorgane des Proletariats, haben die Aufgabe, die Arbeiterregierung zu führen und zu kontrollieren. Ein periodisch zusammenzutretender Landesbetriebsrätekongress wählt aus seiner Mitte ein Exekutivorgan, das mit der Arbeiterregierung, den Arbeiterparteien und Gewerkschaften beständig aufs engste zusammenarbeitet. Dem Exekutivorgan des Landesbetriebsrätekongresses sind von der Regierung alle Gesetze, Verordnungen und Anordnungen zu unterbreiten.

Zur Sicherung der Durchführung einer energischen Arbeiterpolitik müssen die Organisationen und Rechte der Betriebsräte ausgebaut werden, damit mit ihrer Hilfe endlich in den Kreis- und Autohauptmannschaften alle Gesetze und sonstigen Maßnahmen der Arbeiterregierung gegen alle Hemmungen und Widerstände der Unternehmern und sabotierenden Behörden durchgeführt werden können.

Bei unvermeidlichen Betriebsbeschränkungen keine Arbeiterentlassungen, sondern Kürzung der Arbeitszeit unter Beibehaltung des vollen Lohnes nach den bestehenden Tarifen. Unterstützung der Arbeitslosen in voller Lohnhöhe, Beschlagnahme der von den Unternehmern stillgelegten Betriebe, verstaatlichte gesetzliche Bestimmungen zum Schutze des Achtstundentages, Erweiterung der Rechte der Betriebsräte, vor allem in den staatlichen Betrieben, Aufhebung aller dem entgegenstehenden Verordnungen, unbedingter Schutz der Betriebsräte vor Nachregelungen.

Schutz des Existenzminimums

Um dem Proletariat die ärgsten Folgen der Aufhebung der Geldentwertung, der direkten und indirekten Steuern sowie der wucherischen Ausbeutung durch Industrie, Agrar-, Handels- und Bankkapital abzumehren, ergreift die Regierung sofort folgende Maßnahmen:

- Gründung einer Zwangsanleihe zur Beschaffung von ausreichenden Mitteln für die Versorgung der werktätigen Bevölkerung mit Lebensmitteln und Lebensgegenständen zu herabgesetzten Preisen.
- Erwerblosen, Erwerbsunfähigen, Sozialrentnern und Kriegsoptionen sind Lebensmittel, Kleidung und Schuhe zu besonders billigen Preisen zu liefern.